

Fragen

für die Fragestunde der 169. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. Mai 2001

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	1, 10	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	13, 14
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang (CDU/CSU)	19	Rönsch (Wiesbaden), Hannelore (CDU/CSU)	15, 16
Deß, Albert (CDU/CSU)	26, 27	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	5, 6
Gehrcke, Wolfgang (PDS)	17, 18	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	32, 33
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	8, 9	Seehofer, Horst (CDU/CSU)	3, 4
Hübner, Carsten (PDS)	11, 12	Dr. Seifert, Ilja (PDS)	20, 21
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	30, 31	Straubinger, Max (CDU/CSU)	24, 25
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	28, 29	Weiß (Emmendingen), Peter (CDU/CSU)	22, 23
Michelbach, Hans (CDU/CSU)	2, 7		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU) Durch Wegfall welcher Freibeträge soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung die beabsichtigte Erhöhung des Kindergeldes zumindest teilweise gegenfinanziert werden?

2. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den so genannten „Karlsruher Entwurf zur Reform des Einkommensteuergesetzes“, und welche Chancen gibt sie der baldigen Verwirklichung des Konzeptes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

3. Abgeordneter
**Horst
Seehofer**
(CDU/CSU) Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass, wie in einem Bericht des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenversicherungen (MDS) zur Situation Pflegebedürftiger in Pflegeheimen festgestellt wird, „Versicherte, die Einschränkungen in der Fähigkeit haben, ihren Nahrungs- und Flüssigkeitsbedarf selbstständig zu decken, häufig unzureichend mit Flüssigkeit und Nahrung versorgt werden und die Folge dieses ... Defizits nicht selten Unterernährung und Austrocknung ist, die wiederum eine Akutversorgung notwendig macht“ (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30. April 2001)?

4. Abgeordneter
**Horst
Seehofer**
(CDU/CSU) Wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen diese im Wesentlichen durch Personalmangel in den Pflegeheimen verursachte und von den Betroffenen als menschenverachtend empfundene Pflegesituation zu tun?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU) Welche Schritte hat die Bundesregierung zwischenzeitlich unternommen, um die vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, bei einer Podiumsdiskussion am

4. Mai 2001 in Passau gemachten Ankündigungen, „Macht aus Temelin eine grüne Wiese“, in die Tat umzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

6. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung einen Importstopp für „schmutzigen“ Strom aus Temelin nach Deutschland verhängen?
7. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die neuen Richtlinien zu Basel II im Hinblick auf die eintretende Finanzierungsverschlechterung für mittelständische Unternehmen, und was gedenkt sie zu einer Verbesserung der Verhandlungsergebnisse zu tun?
8. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Benachteiligungen für kleinere und mittlere Unternehmen bzw. regionale Kreditinstitute durch die neuen Eigenkapitalregelungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, die eine Kreditnehmerbeurteilung durch ein Rating vorsehen?
9. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Bestehen noch Chancen, Nachbesserungen bei den Baseler Beschlüssen zu erreichen, um die Ausgangslage für Existenzgründer zu verbessern, da diese keine Daten aus früheren Jahren haben können und vielfach die Eigenkapitalausstattungen von Existenzgründern nicht üppig sind?
10. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, um den neuen Überlegungen der EU zur Förderung des Schiffbaus zu entsprechen?
11. Abgeordneter
**Carsten
Hübner**
(PDS)
- Seit wann und mit welchem Bürgschaftsvolumen liegt der Bundesregierung der Antrag der Siemens AG auf Übernahme einer Hermesbürgschaft für Lieferungen zum in Indien schon seit Jahren um-

strittenen Megastaudammprojekt Tehri im indischen Himalaya-Gebiet vor, über den nach Informationen am 17. Mai 2001 im Interministeriellen Ausschuss (IMA) entschieden werden soll?

12. Abgeordneter
Carsten Hübner
(PDS)
- Sind der Bundesregierung die erheblichen Bedenken der einheimischen Bevölkerung, die geologischen Sicherheitsrisiken (Erdbebengebiet), die fragwürdige Wirtschaftlichkeit des Dammprojektes, zeitweilig erfolgte Baustopps im Ergebnis von drei Überprüfungskommissionen, sowie die mit dem Staudamm verbundenen Zwangsumsiedlungen von mind. 100 000 Menschen aus 107 Dörfern und ihre bisher nicht erfolgte Entschädigung bekannt, und welche Prüfaufträge und Expertisen hat die Bundesregierung erteilt bzw. eingeholt, um ihre Entscheidung gewissenhaft treffen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

13. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Wann plant die Bundesregierung die Neuauflage und Herausgabe des sicherheitspolitischen Weißbuches, und von welchen sicherheitspolitischen Gegebenheiten will sie dies abhängig machen?
14. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Wie viele Grundwehrdienstleistende sind seit Juli 2000 monatlich zum Grundwehrdienst einberufen worden, und welche Zahl der Einberufungen zum Grundwehrdienst ist bis zum Ende des Jahres 2001 monatlich geplant?
15. Abgeordnete
Hannelore Rönsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- In welchen Schritten und nach welchem Zeitplan sollen die Leitungsfunktionen der heutigen Wehrbereichsverwaltung IV in Wiesbaden zur neuen Wehrbereichsverwaltung West mit Sitz in Düsseldorf verlagert werden?
16. Abgeordnete
Hannelore Rönsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- In welcher Organisationsform soll der Standort Wiesbaden als Teil der neuen Wehrbereichsverwaltung West in Zukunft weitergeführt werden?

17. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS)
- Trifft es zu, dass – wie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 22. März 2001 berichtet – der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, seinen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen die WDR-Sendung „Es begann mit einer Lüge“ vom Februar 2001 zurückgezogen hat?
18. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS)
- Hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dieser Sendung eigene Recherchen angestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

19. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung kurz- und mittelfristig aus der Tatsache, dass nach jüngster Pressemitteilung die Gesellschaft für technische Überwachung (GTÜ) festgestellt hat, dass 51 % aller Autos Mängel haben und davon jedes fünfte Auto so schwer, dass eine sofortige Reparatur notwendig wird?
20. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS)
- Sind die kürzlich auf einer Tagung in Linköping (Schweden) geäußerten Befürchtungen des Vorsitzenden der Disability Intergroup des Europäischen Parlaments, Richard Howitt (MdEP), dass in den abschließenden Verhandlungen über eine EU-Richtlinie für die Zulassung von Linien- und Reisebussen die vorgesehene obligatorische Einführung von fahrzeuggebundenen Einstieghilfen (Lifts oder Rampen) doch nicht erfolgen oder abgeschwächt werden soll, nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, und wie schätzt sie diesbezüglich die Aussichten ein, in den Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis für mobilitätsbeeinträchtigte Menschen zu erzielen?
21. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS)
- Wie setzt die Bundesregierung in der abschließenden Verhandlungsrunde die von ihr im März 2000 geäußerte Auffassung um, dass die Verbesserung der Zugänglichkeit für Personen mit eingeschränkter Mobilität durch die EU-Richtlinie „ein weiterer Schritt wäre, den öffentlichen Personennahverkehr behindertengerechter zu gestalten und damit Mobili-

tätsbarrieren abzubauen“ (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der PDS – Bundestagsdrucksache 14/3040)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

22. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass das Bundeskanzleramt in einem Kabinettsvermerk zu dem am 4. April 2001 vom Bundeskabinett verabschiedeten Aktionsprogramm 2015 über den Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut den „kritisch zu beurteilenden Konkretisierungsgrad“ dieses Programmes bemängelt und feststellt, dass „die Chancen nicht unbedingt genutzt worden“ seien, „politische Akzente und Highlights zu setzen“ (vgl. DIE ZEIT vom 19. April 2001)?
23. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass entgegen ursprünglicher Planungen das zur Umsetzung des Aktionsprogramms 2015 vorgesehene „Nationale Dialogforum“ nicht mit einer Zuordnung zum Bundeskanzleramt aufgewertet werden soll?
24. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU)
- Gibt es noch Entwicklungshilfemaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland für Simbabwe, und werden diese aufgrund der derzeitigen politischen Lage in Simbabwe durch die Bundesrepublik Deutschland eingestellt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

25. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung weitere Sanktionen und Boykottmaßnahmen gegen die Regierung Mugabe, wenn die Übergriffe auf Oppositionelle und weiße Minderheiten nicht eingestellt werden?

26. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige politische Lage in Simbabwe und die Situation der Bevölkerung, welcher Minderheiten angehören?
27. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung angesichts von Presseberichten über Übergriffe gegen die weißen Minderheiten bisher unternommen, um den Schutz der weißen Bevölkerung zu verbessern und zu gewährleisten?
28. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung über Pläne der Regierung Ungarns, in Zusammenarbeit mit verschiedenen deutschen Ländern eine Hochschule mit Sitz in Budapest mit deutscher Unterrichtssprache zu gründen, und ist die Bundesregierung bereit, dieses Vorhaben in geeigneter Weise zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

29. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das auch an sie gerichtete Positionspapier verschiedener Verbände der Deutschen in Russland „über die Situation der russisch-deutschen Zusammenarbeit bezüglich der Probleme der Russlanddeutschen und der Maßnahmen zu ihrer Verbesserung“, und wird die Bundesregierung die Anliegen des Positionspapiers in den Dialog mit der russischen Regierung zum Zwecke einer Verbesserung der Situation der Deutschen in Russland einbringen?
30. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.)
- Dürfen in Deutschland gehaltene Hunde nach einem vorübergehenden Auslandsaufenthalt derzeit von ihrem Besitzer wieder in das Bundesgebiet zurückgebracht werden, oder verstößt das nach Auffassung der Bundesregierung gegen das Hundeverbringungs- und -einfuhrbeschränkungsgesetz, insbesondere gegen § 2 Abs. 1?

31. Abgeordnete
**Gudrun
Kopp**
(F.D.P.)
- Welche genauen Rechtsfolgen ergeben sich für den wiedereinreisenden Hundebesitzer in dem genannten Fall, insbesondere im Hinblick auf die Mitnahme des Hundes in das Bundesgebiet und auf strafrechtliche Verstöße?
32. Abgeordneter
**Dietmar
Schlee**
(CDU/CSU)
- Weshalb hat die Bundesregierung, trotz des Drängens der in der Hauptsache betroffenen Länder Baden-Württemberg und Bayern sowie der Republik Österreich, die Verhandlungen über einen Staatsvertrag über die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich noch nicht aufgenommen?
33. Abgeordneter
**Dietmar
Schlee**
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass das Bundesministerium der Justiz die Aufnahme entsprechender Verhandlungen bisher blockiert hat, und wenn ja, aus welchen Gründen?

